

AUSGABE VOM 19. DEZEMBER 2020

## Immer weniger Lärm auf der Schiene

Bundesregierung und Deutsche Bahn verbessern den Lärmschutz entlang von Eisenbahnstrecken weiter. In den nächsten zehn Jahren sollen pro Jahr 125 Kilometer lärmsaniert werden und damit insgesamt weitere 800.000 Anwohner an Bahnstrecken vor allem in Ortslagen von Lärm entlastet werden.

„Das ist ein Meilenstein. Viele Menschen in der Nähe von Bahnstrecken können in Zukunft besser schlafen“, freut sich Kölns CDU-MdB Karsten Möring. Erfolg vermeldet die DB auch bei der Umrüstung ihrer 63.000 Güterwagen. Sie sind jetzt vollständig auf sogenannte Flüsterbremsen umgerüstet. Dadurch bleiben die Bahnschienen glatter, was eine erhebliche Lärminderung im Betrieb zur Folge hat.

## UN-Generalsekretär António Guterres spricht im Bundestag

75 Jahre nach Gründung der Vereinten Nationen hat UN-Generalsekretär António Guterres gestern in einer eindrucksvollen Rede im Deutschen Bundestag die internationale Zusammenarbeit beschworen und Deutschlands Rolle dabei nachdrücklich als vorbildlich gelobt. „Heute haben wir einen Überschuss an multilateralen Herausforderungen und ein Defizit an multilateralen Lösungen“, sagte Guterres. Es brauche eine effektive Zusammenarbeit mit Visionen und Ehrgeiz, um Probleme wie Klimawandel, Ungleichheiten und Benachteiligung von Frauen zu begegnen und den Kampf gegen



Der ehemalige portugiesische Premierminister António Manuel de Oliveira Guterres (71) ist seit 2017 der neunte Generalsekretär der Vereinten Nationen (Foto: UN)

Hass und Armut zu führen. Guterres kam auf Einladung von Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble vom UNO-Sitz New York nach Berlin. Seit dem 1. Januar 2019 ist Deutschland nichtständiges Mitglied im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Ende 2020 endet die zweijährige Mitgliedschaft.

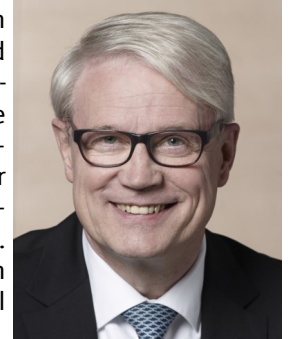
„Niemand will eine Welt-Regierung – aber wir müssen zusammenarbeiten, um die Führung der Welt zu verbessern“, sagte der UN-Generalsekretär. Gleichzeitig lobte Guterres die Erfolge der Vereinten Nationen seit ihrer Gründung nach dem Zweiten Weltkrieg

1945. Die Corona-Krise, die bislang weltweit fast 1,5 Millionen Menschen das Leben gekostet hat, habe allerdings Probleme wie die Ungleichheit verschärft und den Kampf gegen den Klimawandel behindert.

Für Kölns CDU-MdB Karsten Möring ist Corona ein eindringliches Beispiel dafür, „dass globale Probleme über Ländergrenzen hinweg und auf allen Ebenen Verständigung und Zusammenarbeit erfordern“. Die UNO könne letztlich nur so gut sein, „wie ihre Mitglieder untereinander kooperieren“. Der UN-Sicherheitsrat sei zu oft „blockiert“, wenn es auf klare Entscheidungen ankomme. „Wir brauchen daher dringend Reformen“, mahnte Möring, „um die globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts bewältigen zu können. Wer meint, allein besser zurecht zu kommen, der irrt gewaltig!“

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freunde,

seit Mittwoch ist Deutschland im harten Lockdown, denn die Zahl der Infizierten und der Toten steigt immer schneller. Auch uns in Köln wird viel abverlangt.



Weihnachten und Silvester werden diesmal stiller ausfallen müssen. Unser Land steht in der Pandemie vor seiner bisher größten Bewährungsprobe. Doch es gibt einen Lichtblick. In Rekordgeschwindigkeit und mit dem Einsatz dutzender Forschungseinrichtungen und hunderter Millionen Euro entstehen erfolgversprechende Impfstoffe, die nach breitesten Massentests und sorgfältigen Genehmigungsverfahren in Kürze gegen den gefährlichen Krankheitserreger eingesetzt werden können.

Mit dem Bevölkerungsschutzgesetz haben wir die gesetzliche Grundlage dafür gelegt, wie die zunächst nur in begrenzter Menge verfügbaren Impfstoffe verteilt werden. Anhand der Empfehlung der Ständigen Impfkommision hat Gesundheitsminister Jens Spahn das jetzt konkretisiert. Leitgedanke ist dabei die maximale Reduzierung von Todesfällen und schweren Krankheitsverläufen sowie die maximale Senkung des Übertragungsrisikos. Das ist der absolut richtige Ansatz für die erste Phase der Impfung. Bis alle impfwilligen Menschen geimpft sind, wird es also noch dauern. Deshalb bleibt es zunächst dabei, Kontakte weitestgehend zu reduzieren.

Schön, dass wir zu Weihnachten und zum Jahreswechsel optimistisch in die Zukunft schauen können. Bleiben Sie und Ihre Familien gesund und behütet! Eine gesegnete Weihnachtszeit und einen guten Wechsel ins neue Jahr wünscht

Ihr

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I



## Coronafolgen für gewerbliche Miet- und Pachtverträge

Im Zuge der Bekämpfung der Pandemie müssen viele Gewerbebetriebe auch in Köln harte Einschnitte hinnehmen. Restaurants oder Hotels dürfen keine Gäste mehr empfangen, Clubs nicht mehr öffnen. Der Einzelhandel ist eingeschränkt oder musste schließen, ebenso viele Dienstleister. Miete oder Pacht laufen aber trotzdem weiter. Die Koalition hat sich deshalb auf ein Gesetz zur besseren Risikoverteilung bei gewerblichen Miet- und Pachtverhältnissen während der Corona-Pandemie geeinigt.

Dazu erklärt CDU-MdB Karsten Möring: „Trotz staatlicher Hilfen sind viele Unternehmen in Not. Wir erleichtern ihnen jetzt den Weg zu Verhandlungen mit ihren Vermietern oder Verpächtern. Wir stellen klar, dass staatliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie die Vermutung einer schwerwiegenden Veränderung der Grundlagen des Miet- oder Pachtvertrags begründen können, wenn die Nutzbarkeit der angemieteten Räume erheblich beeinträchtigt ist. In dem Fall können Mieter und Pächter unabhängig von Kündigungsfristen Neuverhandlungen der Vertragskonditionen verlangen. Als Union wollen wir nicht in die Vertragsfreiheit eingreifen. Es kommt nach wie vor auf den Einzelfall an. Mit dem Anspruch auf Verhandlungen erleichtern wir aber den Weg zu individuellen Lösungen, ohne dass es gleich zum Rechtsstreit kommt.“

## Weitere Steuererleichterungen im Jahressteuergesetz

Schon in der letzten Ausgabe wurde über steuerliche Erleichterungen berichtet. Jetzt hat die Koalition in der abschließenden Beratung des Jahressteuergesetzes ein weiteres starkes Unterstützungspaket auch für Kölnerinnen und Kölner geschnürt – für alle Alleinerziehenden, alle Ehrenamtlichen und jene, die im Home-Office arbeiten. CDU-MdB Karsten Möring: „Wir haben den Entlastungsbetrag für Alleinerziehende entfristet. Die Verdoppelung des Entlastungsbetrags auf 4.008 € gilt nun über den 31. Dezember 2021 hinaus, denn Alleinerziehende sind besonders von dieser Pandemie betroffen. Es war dringend erforderlich, dass wir die einmalige Steuerbefreiung für den Corona-Bonus in Höhe von 1.500 € um sechs Monate auf den 30. Juni 2021 verlängern. So stellen wir sicher, dass das Geld in voller Höhe dort ankommt, wo es hingehört – bei den Pflegekräften in den Krankenhäusern und in den Altenheimen.“

Gerade jetzt ist das Home-Office wichtig, um die Pandemie kontrollieren und gleichzeitig die Wirtschaft am Laufen halten zu können. Deshalb fördern wir das Home-Office für 2020 und 2021 innerhalb des Werbungskosten-Pauschbetrags von 1.000 Euro mit einer Pauschale von 5 Euro pro Tag bis maximal 600 Euro pro Jahr, wenn es kein steuerlich absetzbares Arbeitszimmer gibt. Dafür muss der gesamte Arbeitstag im Home-Office abgeleistet worden sein.

## Keine Gesundheitsgefahren bei 5G-Mobilfunk



CDU-MdB Karsten Möring hat einen Antrag der AfD-Fraktion als blanken Populismus zurückgewiesen, mit dem die AfD eine groß angelegte Untersuchung zu angeblichen Gesundheitsgefahren der 5G-Technologie forderte, obwohl in Dutzenden wissenschaftlichen Studien nachgewiesen worden ist, dass bei Einhaltung der vorgeschriebenen Grenzwerte negative gesundheitliche Auswirkungen ausgeschlossen sind. Die AfD wolle lediglich mit falschen Behauptungen Unsicherheit und Ängste schüren, warf MdB Karsten Möring in seiner Rede der AfD vor und forderte, mit Fakten statt mit Gefühlen zu argumentieren. „Wir haben Grenzwerte, die uns sicher schützen“. Umfangreiche Informationen stellt die Bundesregierung auf ihrer Dialogseite [deutschland-spricht-ueber-5g.de](https://deutschland-spricht-ueber-5g.de) bereit. (Foto: Privat)

## Arbeitsschutzkontrollgesetz verabschiedet

Um die Missstände in der Fleischindustrie zu beseitigen, verabschiedete der Bundestag am Donnerstag das Arbeitsschutzkontrollgesetz. Ab dem 1. 4. 2021 wird der Einsatz von Werkvertragsarbeitern im Bereich Schlachtung, Zerteilung und Verarbeitung untersagt sein. Leiharbeiter dürfen auch nur noch in sehr begrenztem Umfang in der Fleischverarbeitung eingesetzt werden. Tarifgebundene Unternehmen können nur auf Grundlage eines Tarifvertrages in der Fleischverarbeitung Auftragsspitzen durch Zeitarbeiter auffangen. Ihnen steht dafür ein kalenderjährliches Arbeitsvolumen von maximal 100 Vollzeitkräften zur Verfügung. Das Fleischhandwerk (z.B. Metzgereien) ist von der Regelung ausgenommen.

### Impressum:

Ausgabe Nr. 67 der 19. Wahlperiode  
19. Dezember 2020  
Herausgeber:  
Bundestagsbüro Karsten Möring  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Tel.: 030/ 227-77611  
Email:  
karsten.moering@bundestag.de  
Redaktion/ V.i.S.d.P.:  
Karsten Möring MdB/Harald Häßler/  
Dr. Jürgen Reuter

